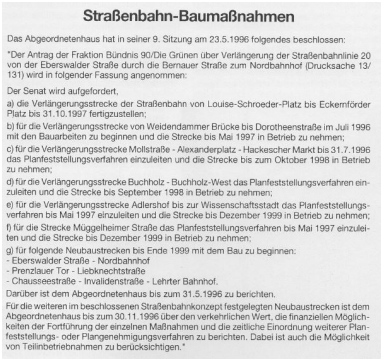
SIGNALARCHIV.DE

Nahverkehr

IGEB zu Gast bei der CDU

aus SIGNAL 07/1996 (Oktober 1996), Seite 19 (Artikel-Nr: 10003496)

IGEB



Straßenbahn-Baumaßnahmen

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner 9. Sitzung am 23.5.1996 folgendes beschlossen:

"Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über Verlängerung der Straßenbahnlinie 20 von der Eberswalder Straße durch die Bernauer Straße zum Nordbahnhof (Drucksache 13/131) wird in folgender Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert,

a) die Verlängerungsstrecke der Straßenbahn von Louise-Schroeder-Platz bis Eckernförder Platz bis 31.10.1997 fertigzustellen;

b) für die Verlängerungsstrecke von Weidendammer Brücke bis Dorotheenstraße im Juli 1996 mit den Bauarbeiten zu beginnen und die Strecke bis Mai 1997 in Betrieb zu nehmen;

c) für die Verlängerungsstrecke Mollstraße - Alexanderplatz - Hackescher Markt bis 31.7.1996 das Planfeststellungsverfahren einzuleiten und die Strecke bis zum Oktober 1998 in Betrieb zu nehmen;

d) für die Verlängerungsstrecke Buchholz - Buchholz-West das Planfeststellungsverfahren einzuleiten und die Strecke bis September 1998 in Betrieb zu nehmen;

e) für die Verlängerungsstrecke Adlershof bis zur Wissenschaftsstadt das Planfeststellungsverfahren bis Mai 1997 einzuleiten und die Strecke bis Dezember 1999 in Betrieb zu nehmen;

f) für die Strecke Müggelheimer Straße das Planfeststellungsverfahren bis Mai 1997 einzuleiten und die Strecke bis Dezember 1999 in Betrieb zu nehmen;

g) für folgende Neubaustrecken bis Ende 1999 mit dem Bau zu beginnen:
- Eberswalder Straße - Nordbahnhof
- Prenzlauer Tor - Liebknechtstraße
- Chausseestraße - Invalidenstraße - Lehrter Bahnhof.

Darüber ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 31.5.1996 zu berichten.

Für die weiteren im beschlossenen Straßenbahnkonzept festgelegten Neubaustrecken ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 30.11.1996 über den verkehrlichen Wert, die finanziellen Möglichkeiten der Fortführung der einzelnen Maßnahmen und die zeitliche Einordnung weiterer Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren zu berichten. Dabei ist auch die Möglichkeit von Teilinbetriebnahmen zu berücksichtigen."

Im Rahmen der Anfang September durchgeführten »Woche der CDU« fand im Rathaus Neukölln eine Podiumsdiskussion mit dem Titel »Tag des Verkehrs - Expertenrunde zur Zukunft des ÖPNV« statt, zu der Rüdiger vorm Walde (BVG), Dr. Wilfried Kramer (S-Bahn Berlin GmbH), Konrad Lorenzen (Vorbereitungsgesellschaft Verkehrsverbund), Dr. Ural Kalender (Abteilungsleiter in der Senatsverkehrsverwaltung) und - bei CDU-Veranstaltungen bisher nicht üblich - Matthias Horth vom Berliner Fahrgastverband IGEB eingeladen waren. Die Moderation übernahm der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Alexander Kaczmarek.

Das erörterte Themenspektrum reichte von den vermeintlich "kleinen Alltagssorgen" der Fahrgäste bis hin zu den wichtigen Planungs- und Organisationsfragen für den zukünftigen Berliner ÖPNV. Allgemein anerkannt wurde, daß sich aufgrund der in den letzten Jahren veränderten Organisationsstrukturen bei den Verkehrsunternehmen viel bewegt hat. Reagierten die Verkehrsunternehmen früher nur sehr schwerfällig auf Kundenwünsche, so zeigen sie sich inzwischen häutig sehr viel kundenorientierter, gleichwohl noch längst nicht alle gravierenden Mängel abgestellt sind. Matthias Horth wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß seit der Installation des BVG-Beirates die Zusammenarbeit mit der BVG sehr viel besser funktioniere. Derartige (eventuell auch noch stärker fahrgastorientierte) Beiräte seien deshalb auch bei den anderen Verkehrsunternehmen und insbesondere bei dem zu bildenden Verkehrsverbund erforderlich.

Am Beispiel der falschen Bushaltestellenstandorte am S- und U-Bf Piermannstraße (vgl. SIGNAL 6/96) wurden aber auch die Grenzen des engagements der Verkehrsunternehmen für die Fahrgäste deutlich, wenn die diversen beteiligten Verwaltungen im eigenen Kompetenzgerangel die Interessen der ÖPNV-Benutzer außer acht lassen. Daß hier der Verwaltung Fehler unterlaufen seien, räumte auch Herr Dr. Kalender ein und sagte eine Lösung des Problems Hermannstraße verbindlich zu.

Festgehalten werden müssen auch die deutlichen Aussagen des verkehrspolitischen Sprechers der CDU zur Straßenbahn. Herr Kaczmarek unterstrich die Ernsthaftigkeit und Bedeutung des vom Abgeordnetenhaus für diese Legislaturperiode fest geplanten Ausbaus des Straßenbahnnetzes (siehe Beschlußtext im Rahmen). Für ihn ist die Straßenbahn zwar "nicht das verkehrspolitische Allheilmittel für eine Großstadt, sie stellt aber eine wichtige Ergänzung des Schnellbahnnetzes an den Stellen dar, wo U-Bahnen nicht finanzierbar. Buslinien aber überlastet sind". Solche Töne waren aus den Reihen der Berliner CDU bisher noch nicht zu hören.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:
http://signalarchiv.de/Meldungen/10003496.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten